

SPD  
**SOZIALDEMOKRATISCHER  
PRESSEDIENST**

F/XVI/3 - 4. Januar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0336690

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>"Eine aufwühlende Lektüre"</u> Bemerkungen zu zwei Büchern junger Deutscher Von Ludwig Ketzger, KdB	83
3	<u>Gespenstischer Volksentscheid</u> Unbehagen in Frankreich Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	36
4	<u>Kuba und Pankow</u> SBZ-Bevölkerung muß zahlen	51
5 - 6	<u>Nukleare Bewaffnung Dänemarks?</u> Wissenschaftler: Erst gründlich diskutieren, dann Stellung beziehen Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	53
6	<u>Mit einer Stimme Mehrheit...</u> Zur Regierungsbildung an der Saar * * *	18

Zur Beachtung: In der nächsten Ausgabe unseres Pressedienstes veröffentlichen wir einen Artikel von Adolph Held, Präsident des Jewish-Labour-Committee, New York, mit dem Titel:

"Was uns beunruhigt"

Die Emigration und ihre Leistung für die deutsche Demokratie

\* \* \*

"Eine aufwühlende Lektüre!"

Bemerkungen zu zwei Büchern junger Deutscher

Von Ludwig Metzger, MdB

Es ist der Beachtung wert, dass Menschen der jüngeren Generation gerade jetzt zwei Veröffentlichungen herausgebracht haben, die sich mit unserer dunkelsten Vergangenheit befassen. Gerhard Schoen-berner hat im Rütten & Loening Verlag Hamburg eine Dokumentation in Wort und Bild "Der gelbe Stern, die Judenverfolgung in Europa 1933 bis 1945" und Manfred Schlösser hat zusammen mit Hans-Rolf Robertz in der Schriftenreihe Agora, Darmstadt Claudiusweg 20, Lyrik der Freiheit, etwa 500 Gedichte aus den Jahren 1933 - 1945, die in der Verbannung, im Konzentrationslager, im Ghetto oder als Zeugnis des inneren Widerstands entstanden sind, unter dem Titel "An den Wind geschrieben" veröffentlicht. Sie sind von bekannten und unbekanntem Dichtern.

Was die fotografischen Aufnahmen des Judentums und die grenzenlose Brutalität eines fluchwürdigen Systems zeigen, muss man sehen; sie lassen sich kaum beschreiben. Auch der Verfasser begnügt sich damit, statt eigener Worte an den geeigneten Stellen Anordnungen der Wächter, Berichte von Verfolgern und Verfolgten, sowie andere Dokumente zu bringen. Eine aufwühlende Lektüre! Als Overtüre lesen wir aus "Stuckart/Globke, Kommentare zur deutschen Rassegesetzgebung":

"Kein nach der nationalsozialistischen Revolution erlassenes Gesetz ist eine so vollkommene Abkehr von der Geisteshaltung und der Staatsauffassung des vergangenen Jahrhunderts wie das Reichsbürgergesetz."

Die neue "Geisteshaltung" wird auf den folgenden Seiten schrecklich und erschreckend illustriert. "Ich habe es gesehen" ist der Bericht eines Bauingenieurs überschrieben, der schildert, wie Juden - Männer, Frauen, Kinder - sich nackt in ihr Grab legen mussten und dann von der SS erschossen worden sind. Auch davon ist in dem Buch die Rede, dass die SS Häftlinge als billige Arbeitskräfte an grosse Industriebetriebe, die Niederlagen in der Nähe der KZ geschaffen haben, bis zum physischen Zusammenbruch der Unglücklichen vermietet hat.

Aus einem Bericht eines Vorstandsmitglieds der IG-Farben, Dr. Otto Ambros, an seine Direktion vom 12. April 1941 entnehmen wir:

"Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers gab, haben wir weiterhin alle Massnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen."

Von einem Häftling wurde im Nürnberger Prozess ausgesagt, dass "selektierte" Häftlinge - die für die Gaskammer bestimmt waren - ohne Schuhe und Leibwäsche auf offene Lastwagen (auch im Winter) geworfen worden und dass solche Wagen mit den sich sträubenden und schreienden Häftlingen teilweise durch das IG-Werks Gelände gefahren sind.

Die Tagesmeldungen des SS-Generals Stroop (vom 19. April bis 16. Mai 1943) schildern in dünnen, kalten Worten - gerade deswegen umso erregender - die Vernichtung des Warschauer Ghettos und seiner Menschen. Herr Stroop hat sich wohl selbst kaum klar gemacht, welches Urteil er sich und seinen Mördern sprach, als er die Worte niederschrieb:

"Immer wieder konnte man beobachten, dass trotz der grossen  
Feuersnot Juden und Banditen es vorzogen, lieber wieder ins Feu-  
er zurückzugehen, als in unsere Hände zu fallen".

"An den Wind geschrieben" beginnt mit einem Wort des Dichters Paul Celan "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland". Manfred Schlösser, der unter nationalsozialistischer Herrschaft geboren ist, schenkt in seiner Einleitung sich selbst und uns nichts. Hier sind junge Menschen, die fragen, bohren, Bestandsaufnahme machen und nicht locker lassen. Helfen wir, dass sie und das, was sie zusammengetragen haben, gehört und gelesen werden!

Vieles fällt einem schwer auf die Seele. So, wenn wir in einem Brief des Dichters Karl Wolfskehl, den er aus seinem Exil an einen in Deutschland gebliebenen Freund im Herbst 1946 geschrieben hat lesen:

"Demals warf sie mich aus, die Heimat. Heute, ein volles Jahr,  
nachdem, das von dem ihr Euch als von einem Spuk oder Nachtmahr  
befreit fühlt, mit dem Kostlichsten der Heimat zusammengebrochen  
ist, hat die Heimat durchaus vergessen, dass es den deutschen Dicht-  
er Karl Wolfskehl noch gibt, wahrscheinlich vergessen, dass es  
ihn je gegeben hat."

Wolfskehl ist im Exil gestorben. Wir sehen, die Wiedergutmachung ist ein weites Feld, und sie ist bei weitem nicht nur eine Frage der materiellen Hilfe. Ob wir, die seit 1945 irgendwo in politischer Verantwortung standen und stehen, alles getan haben? Gewiss, die Schwierigkeiten sind nach dem Zusammenbruch über uns zusammengeschlagen, und wir kamen kaum zum atmen. Und trotzdem, auch wir sollten uns fragen lassen. Dem professionellen Kritiker sagt Manfred Schlösser zum Abschluss seiner Einleitung zu der erregenden Anthologie ein Wort von Karl Kraus:

"Wer jetzt etwas zu sagen hat, der trete vor und - schweige".

Auch ich möchte nichts zu den Gedichten sagen. Man sollte sie lesen und hören. Sie sprechen als Zeugnisse für sich. Über die Dichter ist im dokumentarischen Teil einiges Biographisches gesagt. Auch das erweckte unser tiefes Interesse.

Seien wir dankbar, dass es unter uns junge Menschen gibt, die helfen, dass notwendige Arbeit getan wird.

Gespenstischer Volksentscheid

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Unmittelbar vor der Volksabstimmung am 8. Januar erreicht die Propagandaschlacht ihren Höhepunkt, das politische Unbehagen hat sich in Frankreich aber verstärkt. In Algerien soll die Panikstimmung am Vorabend der Abstimmung durch das Eintreffen der Flotte gehannt werden.

Ein Mann stellt zwei Schicksalsfragen und erwartet eine Antwort: Staatspräsident de Gaulle. Falls das französische Volk am Sonntag seine Fragen zur Lösung des Algerienproblems nicht in großer Mehrheit mit "Ja" beantwortet, sieht sich de Gaulle ausserstande, sein Amt weiter auszuüben.

"Umso besser", jubiliert die Rechtsopposition - "Erpressungsver-such" sagt die Linksoption. Die Staatskrise mit allen denkbaren Folgen schwebt als Gespenst über dem Volksentscheid.

Die Doppelfrage: Selbstbestimmungsrecht und Aufstellung provisori-scher staatlicher Einrichtungen in Algerien - Ja oder Nein?

Die Rechtsparteien antworten mit "Nein", weil sie das algerische Selbstbestimmungsrecht ablehnen. Die radikale Linke, die das Selbstbestimmungsrecht bejaht, antwortet ebenfalls mit "Nein" (besonders die Kommunisten), weil sie die Schaffung provisorischer Behörden in Algerien als Kriegsverlängerung betrachten.

Bleibt die politische Mitte, die für "Ja" stimmt. Von den Sozialisti-schen (SFIO) über die Volksrepublikaner (MRP) bis zum gemäßigten Flügel der Konservativen. Eine erdrückende Mehrheit wie 1958 kann und wird das nicht mehr ergeben.

Im Morgengrauen des 9. Januar könnte es einige grausame Offenba-rungen geben. Welche Konsequenzen wird de Gaulle dann ziehen? Wer könnte die Nachfolge antreten? Die legale Rechtsopposition mit Soustelle und Bidault? Die Armee? Die illegale Rechtsopposition mit Salan, Lagardère und Poujade? Ist die Linksoption bereit und imstande, einen rechtsradikalen Umsturz zu verhindern?

Aus Angst vor einem Bürgerkrieg werden viele Wähler, viele un-politische Menschen, vielleicht doch "Ja" sagen, ohne sich weiter den Kopf über Sinn und Inhalt der gestellten Fragen zu zerbrechen. Das Vertrauen, das de Gaulle damit zur Wiederherstellung des Frie-dens in Algerien erhalten würde, wäre deshalb nur sehr bedingt und sicher nur von kurzer Frist.

+ + +

### Kuba und Pankow

H.M. - Die Behörden und Einwohner Kubas rüsten sich zur feierlichen Begehung der 60. Wiederkehr jenes Tages, an dem dieses vom Atlantischen Ozean und der Karibischen See umschlossene Land zur Republik erhoben wurde. Ohne Übertreibung darf man sagen, dass während dieser Zeit mehr Unheil und Wirrnis über die grösste Insel der Antillen hereingebrochen sind als in den weitzurückliegenden Jahrhunderten seit ihrer Entdeckung durch Christoph Columbus. Jüngstes Fanal dieser im Negativen sich erschöpfenden Entwicklung sind die blutigen "Befreiungsaktionen" des sich in der Rolle eines Volkshelden gefallenden Diktators Fidel Castro.

Von Natur aus ist Kuba ein mit vielen Reichtümern gesegneter Landstrich. Über ein Viertel der Welt-Erzeugung an Zucker hat dort ihren Standort. Weitere exportfähige Landesprodukte sind: Tabak, Kaffee, Bananen, Citrusfrüchte, Chromit, Mangan, Nickel, Eisen und Kupfererze. Die wirtschaftliche Entwicklung Kubas liesse sich zum Vorteil seiner Bewohner in vernünftiger und zukunftssträchtiger Weise zweifellos mit relativ geringen Kapitalaufwendungen fördern. Es hat in der Vergangenheit auch nicht an Versuchen gefehlt, dieses Ziel auf übernationalen Wegen zu erreichen. Die anrühmigen Eskapaden des zu uneingeschränkter Machtfülle gelangten "Führer des Volkes" Fidel Castro bewirkten jedoch eine schrittweise Distanzierung der demokratisch regierten Länder vom Handelsverkehr mit Kuba. Immer weniger dieser Länder sind noch bereit, mit dem Castro-Regime über gegenseitige Warenlieferungen zu verhandeln. Fidel Castro schien dem wirtschaftlichen Bankrott seines Landes und seiner Regierung entgegenzusteuern.

Aber es fanden sich ausserhalb der freien Welt willige Kelfer, die bedrohte Position des Diktators zu stützen. Als erster griff der sowjetische Handelsminister Mikojan mit einer 100-Millionen-Dollar-Offerte dem kubanischen Staatschef unter die Arme. Die Vereinigte Arabische Republik hat als zweite Macht die handelspolitischen Beziehungen zu Kuba intensiviert. Nunmehr ist es die Regierung der sowjetischen Besatzungszone, die in diesen Tagen ein neues Handelsabkommen zwischen Ostberlin und Habana unterzeichnete. Die SBZ will den Vereinbarungen zufolge schon 1961 insgesamt 17 komplette Industrieanlagen nach Kuba liefern. Die Zahlungsbedingungen sollen nach Auskunft des ostzonalen Ministeriums für Aussenhandel so gehalten sein, dass für Kuba "keinerlei Schwierigkeiten entstehen". Die SBZ will ferner zahlreiche Experten für den wirtschaftlichen Aufbau des Antillen-Reiches zur Verfügung stellen.

Ideologisch mag dies einer gewissen inneren Konsequenz der Ostblock-Politik entsprechen. Die Bewohner der SBZ aber werden sich die berechnete Frage vorlegen, warum angesichts der zahlreichen Versorgungs- und Produktionsengpässe im Heimatbereich dem fernen Kuba grosszügige Hilfsangebote unterbreitet werden, nachdem Fidel Castro seiner eigenen Landsleuten immer wieder lauthals verkündete: "Wir werden nur reich, wenn wir ohne die raffenden Krallen des Auslandes unsere nationalen Schätze heben!" Es scheint, dass man dennoch fremder Opfer bedarf. Und es ist tief bedauerlich, dass sie von der mitteldeutschen Bevölkerung gebracht werden müssen. Begreiflich also, wenn in der Zone die Begeisterung über die Unterzeichnung des neuen Handelsabkommens nur recht spärlich entwickelt ist.

## Nukleare Bewaffnung Dänemarks?

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

300 dänische Wissenschaftler, darunter eine Reihe Atomphysiker und Forscher von Weltruf, haben an die Regierung eine Zuschrift gerichtet, mit der Aufforderung, eine gründliche und weitumfassende Aufklärungsarbeit in die Wege zu leiten, die es der Bevölkerung ermöglicht, Stellung zu nehmen zu der Frage, ob Dänemark mit Atomwaffen ausgestattet werden soll. Die Zuschrift geht von den NATO-Empfehlungen aus, die Mitgliedsstaaten mit den modernsten Waffen auszurüsten, und sie erhielt einen erhöhten tagesaktuellen Hintergrund durch die Debatte auf der NATO-Ratsitzung bei der Dezembertagung in Paris. Die dänische Regierung hat mit grossem Verständnis die Aufforderung zur Kenntnis genommen und wird sich demnächst mit dem Problem befassen.

Die 300 Wissenschaftler erklären, es sei anzunehmen, dass auch Regierung, Parlament und Bevölkerung in Dänemark in sehr naher Zukunft die weitreichende Frage beantworten müssen, ob Atomwaffen innerhalb der Landesgrenzen aufgestellt und dänische Streitkräfte mit Kernwaffen ausgerüstet werden sollen. Es wird in der Zuschrift hervorgehoben, dass sie 300 verschiedenen Anschauungen in dieser Sache vertreten und darum nicht zum Ausdruck bringen wollen, ob die Fragestellung mit Ja oder Nein beantwortet werden soll. Aber sie sind sich darüber einig, dass die Atomfrage viele Probleme aufwirft, die bisher bei weitem nicht ausreichend behandelt und geklärt wurden, und dass es deshalb dringend notwendig sei, die Folgerungen eines Atomkrieges auf den verschiedensten Gebieten - politisch, militärisch, medizinisch und biologisch - zu analysieren und der Bevölkerung darüber Bescheid zu geben. Das soll durch Darstellungen in Presse und Rundfunk wie auch auf anderen Wegen erfolgen. Regierung und Folketing können erst dann konkrete Beschlüsse "in dieser unserer grössten überparteilichen Frage" fassen, wenn sie wissen, dass sie hinter sich eine verantwortlich Bevölkerung haben.

Auch in Dänemark gehen die Ansichten über die Frage der Atombewaffnung weit auseinander. Die offizielle NATO-Politik der Regierung stützt sich auf eine Beschlussfassung, wonach weder die Stationierung von Kernwaffen noch die Ausstattung dänischer Truppen mit Atomwaffen unter den gegebenen aussenpolitischen Bedingungen möglich ist. Bei der Regierungsumbildung nach den Folketingswahlen Mitte November vorigen Jahres hat die Koalitionspartei des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten

Viggo Kampmann, die linksbürgerliche "radikale Partei", die Zusage erhalten, dass diese Politik nicht geändert werden darf. In der Presse ist die Atomfrage zeitweise in einer emotionalen Form diskutiert worden, aber bis jetzt ist es keinem Minister oder Politiker eingefallen, zu behaupten, dass eine abweichende Meinung das Sein oder Nichtsein des dänischen Volkes bedeute, oder dass die NATO zerstört wird, wenn dänische Soldaten nicht über Atomwaffen verfügen. Was die 300 Wissenschaftler nunmehr anstreben, ist "eine gesunde Meinungsbildung" in Anbetracht der Tatsache, dass eine dem Atomkrieg überlebende Bevölkerung völlig veränderte Lebensbedingungen ausgesetzt sein wird und ihren Erbanlagen unwiderrufliche Schäden zugefügt werden können.

In der von den dänischen Wissenschaftlern vorgeschlagenen Form ist die komplizierte Problemstellung der Atombewaffnung bisher nirgendwo behandelt worden. Am Ende steht aber die Frage, ob die Ausstattung mit Kernwaffen Dänemark gegen einen Atomkrieg schützen oder nicht schützen kann, und auch wenn sämtliche politische, militärische, medizinische und biologische Fragen durchläuchtet und aufgeklärt sein werden, wird die Debatte über diese Frage immer noch weitergehen.

+ + +

Mit einer Stimme Mehrheit ...

sp - Das neue saarländische Kabinett Röder steht auf schwachen Füßen. Es verfügt im Landtag nur über die Mehrheit von einer Stimme. Der saarländische Ministerpräsident hat sich, dem seinerzeitigen Beispiel seines Parteichefs folgend, selbst gewählt. Der neuen, aus CDU und der Partei des Herrn Schneider (DPS) bestehenden Koalition wird wohl kaum eine lange Lebensdauer beschieden sein. Wie soll bei solchen Mehrheitsverhältnissen eine parlamentarisch nützliche Arbeit gedeihen? Schon die mögliche Erkrankung zweier Koalitionsabgeordneter stellt die Existenz dieser Regierung in Frage, einer Regierung, die vor Aufgaben besonderer Art steht. Noch sind die aus der Wiederangliederung der Saar an die Bundesrepublik sich ergebenden Übergangsschwierigkeiten nicht überwunden, noch hat die notwendige Selbstversöhnung der Saarländer stattgefunden. Die ein Jahrzehnt dauernde Abhängigkeit von Frankreich, beendet durch die Volksabstimmung vom Oktober 1955, hat tiefgehende, die Bevölkerung spaltende Ressentiments hinterlassen, die ihren politischen Niederschlag in dem kürzlichen Wahlerfolg der Partei des früheren Ministerpräsidenten Hoffman fanden. Alles in allem: Das politische Klima in Saarland steht unter unerfreulichem Vorzeichen.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel